

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 23.03.2017

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:34 Uhr - 17:52 Uhr

stellvertr.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Sven Schulze

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 11 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	
Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	privat
Herr Peter Borm	sachkundiger Einwohner	privat
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister/Vorsitzender	privat
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	

Verspätetes Erscheinen

Frau Kerstin Seidel	sachkundige Einwohnerin	ab 17:00 Uhr anwesend
---------------------	-------------------------	-----------------------

Frühzeitiges Verlassen

Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	ab 17:13 Uhr abwesend
------------------	--------------	-----------------------

Ausschussmitglieder

Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Angela Müller	Fraktion DIE LINKE
Frau Katrin Pritscha	Fraktion Die Linke
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE
Herr Michael Walter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	Vertretung für Frau Steffi Barthold
Frau Dagmar Weidauer	Fraktion DIE LINKE	Vertretung für Frau Susanne Schaper

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Klaus Möstl
Frau Christine Pastor
Frau Rebecca Thielemann

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetau Behindertenbeauftragte
Frau Ute Spindler Kinder- und Jugendbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Steffi Mehner Referentin D5
Frau Anke Protze Abteilungsleiterin Abt. 53.2
Frau Inga Zilly Abteilungsleiterin Abt. 50.3
Herr Wulf Karl Gesundheitsberater Abt. 53.4

Schriftführerin

Frau Juliane Rau Sachbearbeiterin Abt. 15.4

-
- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Schulze** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

-
- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

-
- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 24.11.2016
-

Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

-
- 4 Aktueller Stand bei der Schaffung einer Kontrolleinheit zur Sicherung von Qualitätsstandards bei der Essensversorgung in Kindertagesstätten und Schulen
Berichterstatter: Herr Karl, Gesundheitsberater Abt. 53.41
-

Herr Karl (Gesundheitsberater Abt. 53.4) informiert anhand einer Präsentation über die Umsetzung der Qualitätsstandards von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) bei der Essensversorgung in Kindertagesstätten und Schulen. Das Ziel der DGE ist die Unterstützung der Verantwortlichen für die Verpflegung in Tageseinrichtungen, um den Kindern und Jugendlichen eine bedarfsgerechte und ausgewogene Verpflegung bieten zu können. Er verweist auf den Stadtratsbeschluss BA-026/2012, in dem festgelegt wurde, dass alle städtischen Kindertageseinrichtungen, sowie Schulen eine Menülinie nach DGE-Qualitätsstandards anbieten und Kontrollen durch die zuständigen Aufsichtsbehörden durchgeführt werden müssen. Die Kontrollen wurden bisher durch das Lebensmittel- und Veterinäramt und das Gesundheitsamt, ausgenommen bei der Lebensmittelauswahl, vollzogen. **Herr Karl** erhofft sich, dass die Kontrollen in Zukunft in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden und nicht nur bei Vertragsabschluss mit den Caterern.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Möstl (sachkundiger Einwohner) bemerkt, dass die selbstkochenden Einrichtungen auf Grund von finanziellen Aspekten weitestgehend abgeschafft wurden. Er fragt, ob es eine Statistik gibt, aus der hervorgeht, dass die Verpflegung von Caterern schlechter ist als die von selbstkochenden Einrichtungen.

Herr Karl kann derzeit keine konkreten Zahlen mitteilen. Die Beanstandungen kommen meist von Eltern, aber auch von den Verantwortlichen, die das Essen ausreichen.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet um Auskunft, ob auf religiöse, vegetarische oder vegane Ernährungsweisen Rücksicht genommen und ob eine Sensibilisierung in Hinsicht auf zuckerhaltige Nahrung vorgenommen wird.

Herr Karl versichert, dass die städtischen Einrichtungen bereits auf unterschiedliche Lebensmittelunverträglichkeiten und Kostformen eingehen, soweit sie bekannt sind. Es gibt in Ausnahmefällen auch die Möglichkeit, dass die Eltern ihren Kindern selbst zubereitetes Essen mitgeben. In Bezug auf zuckerhaltige Nahrung gibt es über die Landeszahnärztekammer Ausstellungen in Schulen. Eltern, Erzieher und auch Caterer sollen künftig verstärkt zu diesem Thema sensibilisiert werden. Er würde im April nochmal über das EU-Schulobstprogramm berichten. In diesem wurde unter anderem festgelegt, dass Schüler ab dem Schuljahr 2017/2018 verstärkt Obst, Gemüse, Milch oder Joghurt zur Verfügung gestellt bekommen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die Frage von **Herrn Möstl**. Sie weist darauf hin, dass bei der Planung von neuen Kindertagesstätten die baulichen Voraussetzungen für eine selbstkochende Einrichtung geschaffen werden. Die abschließende Entscheidung, welche Verpflegungsform gewählt wird, liegt beim Träger der Einrichtung. Sie fragt **Herrn Karl**, wer mit den freien Trägern die Verträge bezüglich der Verpflegung abschließt und ob eine Dokumentation der Kontrollen geplant ist, um diese nach 1 – 2 Jahren zu veröffentlichen.

Herr Karl erklärt, dass die freien Träger derzeit nicht überprüft werden. Er ist der Meinung, dass dies noch ausbaufähig ist, da laut dem Stadtratsbeschluss auch die freien Träger berücksichtigt werden sollen. Zu den Kontrollen könnte er sich vorstellen, dass man Arbeits- oder Netzwerkgruppen bildet, in denen man regelmäßig ein Fazit zieht, um eventuell Verbesserungen vorzunehmen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) möchte wissen, ob es im Gesundheitsamt ausreichend Personal für die Überwachung der Kindertagesstätten und Schulen gibt und ob der Übergang von Kindertagesstätte zu Schule in Bezug auf die Verpflegung künftig besser organisiert werden könnte.

Herr Karl sagt, dass er für die Überwachung zurzeit zuständig ist und den Umfang der Arbeit auch bewältigen kann. Es soll gegebenenfalls eine Kontaktstelle errichtet werden, bei der sich Eltern jederzeit mit Fragen und Problemen bezüglich der Verpflegung melden können. Er findet es wichtig, dass die DGE-Qualitätsstandards den Eltern näher gebracht werden und auch Kinder für das Thema „Ernährung“ sensibilisiert werden.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob es ausreichend Kapazitäten gibt, um Speisepläne verschiedener Caterer zu vergleichen und ob es spezielle Schulungen für Caterer gibt.

Herr Karl erwähnt, dass die Speisepläne bei Vertragsabschluss vorgelegt und geprüft werden. Er könnte sich Vergleiche zwischen den einzelnen Caterern vorstellen, in dem man die Rezepte von den Caterern verlangt. In Bezug auf Schulungen kann er sich die Option vorstellen, dass man in den Verträgen mit den Caterern einen Hinweis gibt, dass regelmäßig Weiterbildungen abgeschlossen werden müssen.

Herr Dr. Haentjens stellt die Frage, ob und wie den Kindern das Bewusstsein vermittelt wird, dass sie sich Zeit zum Essen nehmen sollen.

Herr Karl verweist auf **Frau Spindler (Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Chemnitz)**, welche über die Kinderschutzrechte auf dieses Thema hinweist. Er möchte versuchen, die Raumatmosphäre in Hinsicht auf Lautstärkepegel und Ausstattung der Speiseräume zusammen mit der Landesunfallkasse zu überprüfen. Zudem sollen Pädagogen geschult werden, um dieses Problem noch konkreter darzustellen.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) bittet um Auskunft über die Kosten und Preise der Verpflegung und fragt, ob das Essen bei dem die Qualitätsstandards eingehalten werden teurer ist.

Herr Karl kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Ausführungen zu Kosten und Preisen darstellen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) bittet um Behandlung des vorgestellten Themas im Jugendhilfeausschuss.

Frau Spindler ergänzt zu der Frage bezüglich der Essenszeiten, dass man auch die Rahmenbedingungen der Schule betrachten muss.

- 5 Darstellung der gesetzlichen Änderungen mit Wirkung ab 01.01.2017, sowie deren Auswirkungen im Sozialbereich (SGB)
Berichterstatte(r)in: Frau Zilly, Abteilungsleiterin Abt. 50.3
-

Frau Zilly (Abteilungsleiterin Abt. 50.3) stellt anhand einer Präsentation die gesetzlichen Änderungen im Sozialbereich seit dem 01.01.2017 dar.

Sie berichtet über die Änderungen in folgenden Gesetzen:

- Pflegestärkungsgesetz II und III
- Bundesteilhabegesetz
- VO zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII
- Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende
- Unterhaltsvorschussgesetz und
- Landesblindengeldgesetz.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob die Betroffenen die Einstufung in die neuen Pflegegrade selbst beantragen müssen oder jeder überprüft wird. Zudem möchte er wissen, ob es parallel zu den Mehrleistungen für Pflegebedürftige auch Änderungen bei der Vergütung von Pflegepersonal gibt.

Frau Zilly antwortet, dass die Anträge von den Pflegebedürftigen selbst bei der jeweils zuständigen Pflegekasse gestellt werden müssen. Auch der Leistungserbringer hat sich verändert, da die Kostensätze regelmäßig angepasst werden.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) bittet um Auskunft, ob man ein Pflegeheim wählen kann oder ein besonders preiswertes Pflegeheim vorgeschrieben wird.

Frau Zilly erklärt, dass in Chemnitz keine Unterschiede zwischen den Pflegeheimen gemacht werden und somit jeder sein Pflegeheim frei wählen kann. Falls ein Umzug des Pflegebedürftigen in ein auswärtiges Pflegeheim geplant ist, wird geprüft, ob dies zwingend notwendig ist. Wenn der Umzug nicht notwendig ist, werden nur die durchschnittlichen Kosten, welche in Chemnitz für einen Pflegeheimplatz anfallen, übernommen.

Frau Stadträtin Müller (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob man den Unterhaltsvorschuss auch selbst beantragen muss und ob dies auch schon vor dem 01.07.2017 möglich ist.

Frau Zilly sagt, dass man den Antrag auf Unterhaltsvorschuss schon frühzeitig im Kundenportal im Moritzhof abgeben kann. Dieser wird dann vom Amt für Jugend und Familie bearbeitet.

Herr Beckert (sachkundiger Einwohner) bezieht sich auf die Aussage von **Frau Zilly**, dass der Träger der Eingliederungshilfe zum 01.01.2018 gesetzlich geregelt sein muss. Er bittet die Stadt Chemnitz zu berücksichtigen, dass die mögliche Erhöhung der Sozialumlage durch Veränderungen des Trägers der Eingliederungshilfe den Spielraum für freiwillige Leistungen einschränken könnte.

Herr Bürgermeister Schulze teilt mit, dass die Festlegungen durch den Landesgesetzgeber zu treffen sind. Es gab eine Arbeitsgruppe der kreisfreien Städte, sowie der Landkreise im Sozial- und Finanzbereich, um Vorschläge zu erarbeiten. Da die Interessen weit auseinander gingen, wurde keine einvernehmliche Lösung gefunden. Er geht davon aus, dass die Stadt Chemnitz an den gewachsenen Strukturen und der Arbeitsteilung mit dem Kommunalen Sozialverband Sachsen im Grundsatz festhalten und die Sozialumlage im überschaubaren Rahmen halten wird. Die kreisfreien Städte Dresden und Leipzig möchten gern alles selbst übernehmen, diese haben allerdings ungefähr 60 – 70 Millionen Euro Sozialumlage. Es wird Mitte dieses Jahres einen Gesetzesentwurf und bis Ende des Jahres 2017 eine Entscheidung geben.

6 Verschiedenes

6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Protze (Abteilungsleiterin Abt. 53.2) informiert, dass es in diesem Jahr die stärkste Grippeepidemie seit langer Zeit gab. Es wurden 917 Erkrankungsfälle gemeldet, unter denen 15 Todesfälle in Chemnitz zu verzeichnen sind. Unter den Erkrankten, sowie Verstorbenen waren auch geimpfte Personen. Das Durchschnittsal-

ter der Erkrankten liegt bei 73 Jahren. Zum größten Teil waren Personen in Pflegeeinrichtungen betroffen. Sie erwähnt, dass das Management zur Zeit der Grippeepidemie des Klinikum Chemnitz veröffentlichungsreif ist und äußert sich positiv zu der Zusammenarbeit der 3 Klinikstandorte in Chemnitz.

Frau Liebetrau (Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz) erinnert an die Information im letzten Sozialausschuss, dass am 08.03.2017 eine Veranstaltung zusammen mit der Volkshochschule Chemnitz zum Thema „Bundesteilhabegesetz“ stattfinden wird. Diese hat mit 130 Besuchern aus Chemnitz und Umgebung stattgefunden und somit gezeigt, wie groß das Interesse zu diesem Gesetz ist. Zudem informiert sie über die 7. Ausrichtung der Chemlympics am 06.05.2017 in Chemnitz. Sie lädt alle ganz herzlich zu dem besonderen Sportfest ein und hofft, dass die Fraktionen mitwerben, sodass sich noch der ein oder andere Helfer meldet.

6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bezieht sich auf eine Pressemitteilung der letzten Tage, in der die aktuellen Obdachlosenzahlen aufgeführt waren. Diese stimmen nicht mit den von der Verwaltung mitgeteilten Zahlen überein. Er bittet um Erklärung, wie die Differenz zustande kommt.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt bezüglich der Suchtberatung und –koordinierung, wie der Sachstand zur Umsetzung ist. Er bittet um eine fraktionsübergreifende Antwort. Zudem berichtet er über die Bitte einer Selbsthilfegruppe zum Thema „Sucht“ zur Berücksichtigung, dass die Suchtberater auch über ein Mobiltelefon erreichbar sein sollten.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass die gestellten Fragen schriftlich beantwortet werden.

7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Schulze schließt die öffentliche Sitzung.

28.03.2017
Datum
Schulze
Sven Schulze
stellv. Vorsitzender
des Ausschusses

03.04.2017
Datum
Siegel
Siegel
Mitglied
des Ausschusses

03.04.2017
Datum
Dierks
Dierks
Mitglied
des Ausschusses

27.03.2017
Datum
Rau
Rau
Schriftführerin